

Geb's Gott

Befriedigung über das erste Kernwaffenvernichtungsabkommen

Wen wundert's, daß die Washingtoner Unterzeichnung des Vertrages über die Vernichtung der landgestützten Atomraketen mittlerer Reichweite (*INF-Abkommen*) mit Superlativen kommentiert wurde, wenn von Washington bis Peking, von Stockholm bis Kapstadt von einem „Meilenstein in der Abrüstungspolitik“ geredet wurde und wenn die Vertragsparteien selbst für sich in Anspruch nehmen, mit dem Vertrag nicht nur „Abrüstungsgeschichte gemacht“, sondern einen „historischen Akt ersten Ranges“ gesetzt zu haben.

Auch sollte niemand erstaunt sein, daß sich in der Stunde des offenkundigen Erfolges „im Standesamt die Väter drängten“ (Frankfurter Rundschau), und solches Drängen selbst hierzulande bis in die Tagesschau des Deutschen Fernsehens hinein, einschließlich der dabei unvermeidlichen Parteipolemik, spürbar wurde. Es handelt sich ja bei dem INF-Vertrag nicht nur um das erste Abrüstungsabkommen des atomaren Zeitalters, das diesen Namen verdient. Es eröffnet sich damit trotz des geringen Anteils der vom INF-Vertrag betroffenen Mittelstreckenraketen an dem gesamten verfügbaren Kernwaffenpotential auch zum erstenmal die Aussicht, daß im wohlwogenden Eigeninteresse der beiden Weltmächte der Abrüstungsverhandlungsprozeß in seiner Eigendynamik gestärkt wird und dadurch weitere Abrüstungsschritte folgen können.

Diese Aussicht – auch wenn sie nur eine durch das Washingtoner Abkommen fester begründete Hoffnung ist – läßt auch über manche PR-verzierte Sentimentalität des Washingtoner Gipfels und auch über manchen klein-karierten Provinzstreit hierzulande hinwegsehen, wer nun mit welcher Politik, die Nato und die Bundesregierung mit ihrem Nachrüstungsop-

pelbeschluß oder die Opposition und die Friedensbewegung mit ihrem buchstäblich demonstrativen Insistieren auf „Vorleistungen“ der westlichen Seite, mehr bewirkt hat. Im Grunde haben alle auf ihre Weise dazu beigetragen, daß der erste Schritt nach über sechsjährigen, über weite Strecken wenig aussichtsreichen Verhandlungen und trotz der Fallgrube „Reykjavik“ möglich wurde: die Friedensbewegung mit ihrem friedensethischen Rigorismus und die Regierungen mit ihrer realpolitischen Güterabwägung.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof *Karl Lehmann*, hat in einer ausführlichen Stellungnahme zum Washingtoner Abkommen u. a. auch auf diesen Punkt hingewiesen: Um keine andere westliche Rüstungsentscheidung habe es so heftige Auseinandersetzungen gegeben wie um die „Nachrüstung“. Er verband damit die Hoffnung, daß das Abkommen nun helfen könne, „aufgekommene Ängste zu mindern und schmerzhaft Polarisierungen in unserem Lande abzubauen“.

Im übrigen haben auch die Kirchen durch Hirtenbriefe und Denkschriften in den USA wie hierzulande einen Beitrag, wenn schon nicht zum Verhandlungsergebnis, so doch zu einer dem Verhandlungsergebnis förderlichen Bewußtseinsbildung beigetragen. Hätten oder bekämen Kirchen und Religionsgemeinschaften in den Ländern des östlichen Bündnisses nur vergleichbare Möglichkeiten, auf das öffentliche Bewußtsein einzuwirken! Gerade da gibt es – und das hat ganz grundsätzlich mit Menschenrechten zu tun – eine Disproportionalität eigener Art.

Grundfalsch wäre es nun, Abrüstungspolitik und politische Entspannung, genauer Rüstung und politische Ursachen der Rüstung voneinander abzukoppeln oder gar gegeneinander auszuspielen. Natürlich ist „Friede nie allein das Werk von Rüstungskontrolle und Abrüstung“ (Bundeskanzler *Helmut Kohl*), sondern Frieden kann auf Dauer nur durch *politische* Entspannung – auch an der Menschenrechtsfront – gesichert werden.

Aber Abrüstung hat ihr Eigengewicht. Sie kann langfristig auch in der Menschenrechtsfrage und im Verständnis politischer Freiheiten Ost und West näher zueinanderbringen. Schwierig genug wird es ohnehin bleiben: Schon die Ratifizierung des INF-Abkommens durch den US-Kongreß ist so gesichert nicht, wie es bei der Unterzeichnung schien. Der nächste Schritt, die Halbierung der strategischen Kernwaffen (Langstreckenraketen), mag gelingen. Schwierig dürfte es noch werden bei den chemischen Waffen und erst recht, wenn es um die Herstellung eines neuen Gleichgewichts im konventionellen Bereich geht – trotz fast gleichlautender Absichtserklärungen.

Als US-Außenminister George Shultz *Michail Gorbatschow* nach dessen Landung in Washington Glück für die Gespräche mit *Ronald Reagan* wünschte, antwortete Gorbatschow „Daj Bog“ (Geb's Gott). Auch wenn das „Stoßgebet“ in Munde des sowjetischen Atheisten nur Erinnerung an eine russische *façon de parler* war – man möchte es trotzdem über alle kommenden Abrüstungs- und Friedensgespräche setzen – Geb's Gott! se

Wahnhaft

Das politisch-psychologische Profil des Falles Barschel

Spätestens seit dem Abschluß der Zeugenbefragungen des Kieler Untersuchungsausschusses Mitte Dezember ist auch den letzten „Ungläubigen“ klar geworden, was unter der Verantwortung des in Genf durch Selbstmord zu Tode gekommenen *Uwe Barschel* während des vergangenen Wahlkampfes in Schleswig-Holstein geschehen ist. Abgezeichnet haben sich die wahren Sachverhalte, deren Details neben dem für Januar erwarteten Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses vor allem die schleswig-holsteinische Justiz zu erhellen haben wird, bereits mit dem Rücktritt des früheren Ministerpräsidenten und mit den ersten Widersprü-